

www.aerztezeitung.de

# ÄRZTE ZEITUNG

DIE TAGESZEITUNG FÜR ÄRZTE

MONTAG 30. MÄRZ 2009

D 8877 NR. 59 JAHRGANG 28



## Der Sohn kriminell! Na und?

Die Zahl der Gewalttaten von Jugendlichen in Deutschland sinkt. Zugleich sinkt das Interesse von Eltern am Alltag ihrer Kinder – und das kann fatale Folgen haben.

**GESUNDHEITSPOLITIK 8**



## Kurzarbeitergeld für Praxen eine Option

Kurzarbeit in der Praxis ist in diesen Zeiten kein realitätsfernes Szenario. Im Fall des Falles können Ärzte Kurzarbeitergeld bei der Agentur für Arbeit beantragen.

**WIRTSCHAFT 13**



## Heilige Kühe müssen von der Straße

Sie blockieren Stadtautobahnen, verursachen Autounfälle oder greifen Fußgänger an: Indische Behörden holen jetzt die heiligen Kühe von der Straße.

**PANORAMA 16**

### DIE FRAGE DER WOCHE

... und Ihre Antworten auf  
aerztezeitung.de

*Warum haben Sie keinen  
Organspender-Ausweis?*

Es gibt zu viele Unwägbarkeiten,  
das ist mir nicht geheuer.

**38 %**

Ich bin zu bequem

**12 %**

Falsche Frage, ich besitze  
einen Ausweis

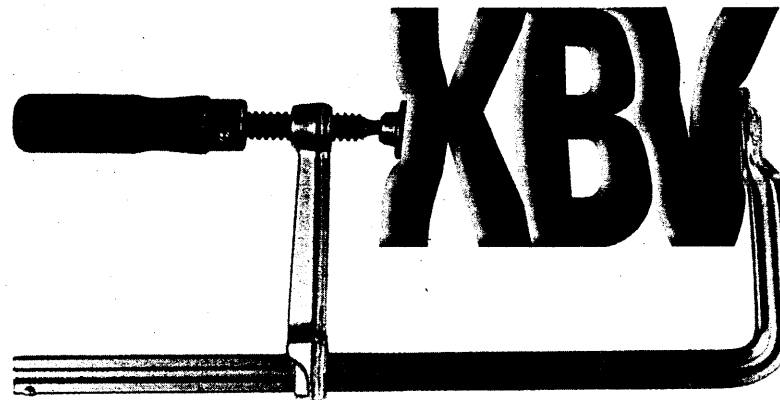
**50 %**

# KV-System unter Druck, Politik streitet

Die KBV kämpft um die Macht / Schmidt will Honorartransparenz / CSU verlässt den Reform-Konsens

**BERLIN/MÜNCHEN (HL).** Eines haben Ärzte mit ihrem Honorarprotest geschafft: Sie haben den Streit nicht nur ihrer KV- und Verbandsfunktionäre entfacht, sondern ihn auch in die Politik getragen.

Am weitesten geht die CSU: Sie hat ihrer Schwesterpartei den Fehdehandschuh hingeworfen und die gesamte Gesundheitsreform zur Makulatur erklärt. Am kommenden Wochenende will die CSU ein neues Konzept entwerfen.



Delegierten den umfassenden Sicherstellungsauftrag, gleichberechtigten Wettbewerb mit Verbänden bei Selektivverträgen, die Kostenerstattung als Alternative im GKV-System und eine Rückkehr zur Einzel Leistungsvergütung. Die Kassen protestierten umgehend, auch das Bundesgesundheitsministerium lehnt nach Auskunft von Sprecher Klaus Vater Kostenerstattung ab.

Auf den Streit über Gewinner und Verlierer bei der Vergütungsreform reagierte auch Ministerin Ulla Schmidt: Sie will die KVn gesetzlich